

Politik & Wirtschaft

Atomgegner kündigen Referendum an

Radioaktiver Abfall Nächste Woche reicht die Nagra beim Bund die Pläne für ein Atommüll-Endlager Nördlich Lägern ein. Obwohl noch Jahre bis zu einer Entscheidung vergehen werden, regt sich im Zürcher Unterland jetzt schon Widerstand.

Cyrill Pinto

Eine Million Jahre dauert es, bis radioaktive Brennstäbe so weit abgeklungen sind, bis sie keine Gefahr mehr für die Umwelt darstellen. Schon sehr lange beschäftigt sich auch die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) mit der Frage, wo der hochradioaktive Abfall aus Schweizer Kraftwerken dereinst gelagert werden soll. Nächste Woche steht ein wichtiger Schritt bevor. Dann reicht die Nagra ihr Rahmenbewilligungsgesuch für den Bau eines Tiefenlagers beim Bundesamt für Energie (BFE) ein.

Favorisiert hat die Nagra einen Standort, den sie Nördlich Lägern nennt. Das Lager soll dereinst im Haberstal, einem wenig besiedelten Fleck der Gemeinde Stadel, im Zürcher Unterland entstehen. Ab 2045 will man mit dem Bau beginnen, 2050 soll der erste Atommüll eingelagert werden.

Allein die Prüfung des Gesuchs wird mehrere Jahre dauern, schätzt der Bund. Erst 2029 werde der Bundesrat über das Gesuch entscheiden können. Danach geht das Geschäft ins Parlament. Seine Entscheidung wiederum unterliegt dem fakultativen Referendum, so sieht es das Gesetz vor.

Fachliche Argumente gegen den Standort Stadel

Doch schon jetzt ist klar, dass atomkritische Gruppen das Referendum ergreifen werden. Am Freitag haben sie zu einer Medienkonferenz nach Bern geladen. Auftreten werden unter anderen die SP-Nationalrätin Martina Munz und die Zürcher GLP-Kantonsrätin Karin Joss, die sich im Verein «Nördlich Lägern ohne Tiefenlager» engagiert.

Der Physiker Harald Jenny vom unabhängigen Begleitgremium Tiefenlager wird die fachlichen Argumente gegen das Lager und den Standort Nördlich Lägern präsentieren. Er war mehr als zehn Jahre lang als Berater in den vom Bund eingesetzten Fachgruppen tätig, die detailliert Einblick in die Abklärungen der Nagra zu den einzelnen Standorten hatten.



Der Standort im Anflugbereich des Flughafens Zürich ist umstritten: Eine Nagra-Mitarbeiterin misst den Grundwasserspiegel im Haberstal. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Der Standort Nördlich Lägern sei nach einer ersten Prüfung nicht mehr weiterverfolgt worden, so Jenny, 2015 stellte die Nagra den Standort deshalb zurück. Hauptgrund sei die Tiefe, in der das Lager gebaut werde. Um zur Gesteinsschicht aus Ton vorzudringen, die sich für den Bau des Tiefenlagers eigne, müsse zuerst 800 Meter in die Tiefe gebohrt werden. «Der Zugangsstollen, der ins Lager hinab führt, liegt in einer geologischen Risszone und ist deshalb von Wassereintrüben und Verschiebungen bedroht», sagt Jenny. Ausserdem befindet sich das Areal im Anflugbereich des Flughafens Zürich.

Überhaupt: Das Konzept einer Tiefenlagerung stamme aus dem

«Die Energiebranche möchte das Atommüll-Risiko so schnell wie möglich an den Bund übertragen.»

Harald Jenny
Physiker vom unabhängigen Begleitgremium Tiefenlager

letzten Jahrhundert und sei längst überholt. Statt den Müll für Jahrtausende im Boden zu vergraben, solle man neuere Techniken wie die Transmutati-

on, eine Art Recycling von Uran, vorantreiben, so Jenny.

«Die Energiebranche möchte das Atommüll-Risiko so schnell wie möglich an den Bund übertragen», sagt Jenny. Deshalb drücke die Nagra beim Tiefenlager aufs Tempo. Sobald das Material im Tiefenlager eingelagert sei, gehe die Verantwortung von den Betreibern auf den Bund über.

Aber hat ein Referendum Chancen? «Es besteht die Gefahr, dass eine Mehrheit für das Lager stimmt, weil sie selbst nicht betroffen ist», sagt Martina Munz. «Trotzdem möchten wir, dass der Souverän über die Pläne für ein Atomlager diskutieren und abstimmen kann – und damit auch Verantwortung für das

Atommülllager übernimmt». Die Nagra bestätigt, dass sie am kommenden Dienstag ihr Rahmenbewilligungsgesuch beim zuständigen Bundesamt einreichen wird. Das BFE lädt am gleichen Tag zu einer Medienkonferenz zusammen mit der Nagra und dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat.

Die Nagra befürwortet eine öffentliche Diskussion

«In unserem Gesuch legen wir detailliert dar, weshalb für unser Standort Nördlich Lägern am besten für ein Tiefenlager geeignet ist», sagt Nagra-Sprecher Patrick Studer. «Unser Gesuch wird nun von den Behörden vertieft geprüft. Nach einer ersten for-

mellen Prüfung werde man das vollständige Gesuch in ein paar Monaten auch der Öffentlichkeit zugänglich machen. «Darin gehen wir auf alle sicherheitsrelevanten Details ein», so Studer.

Grundsätzlich befürworte man eine öffentliche Diskussion und ein Referendum über die Standortwahl. «Die Bevölkerung muss sich mit der Frage eines Tiefenlagers und den technischen Details auseinandersetzen», so Studer. Bei der Realisierung des Lagers gebe es keine Eile. Die Verantwortung für das Lager und den darin enthaltenen Atommüll gehe erst mit der Versiegelung der Anlage an den Bund über. Eine Abstimmung ist laut Zeitplan des Bundes frühestens 2031 möglich.

Die Schnupfensaison ist da – droht nun ein Nasenspray-Mangel?

Verfrühte Erkältungszeit Es gibt nur noch wenige Hersteller, und die Produktion braucht eine lange Vorlaufzeit.

Die Erkältungssaison hat dieses Jahr schon im Oktober begonnen. «Der Verkauf unseres Nasensprays Xylo-Mepha hat schon früh angezogen», sagt Chef Andrej Salát. Die zum Konzern Teva gehörende Firma ist die grösste Lieferantin von Nasenspray in der Schweiz und in ganz Europa. Für Mepha ist es wichtig, die Stärke einer Erkältungssaison vorherzusehen. Kurzfristig auf Mehrbedarf reagieren kann die Pharmafirma kaum. Die Produktion des Sprays hat eine Vorlaufzeit von sechs Monaten, nimmt man die Bestellungen bei den Wirkstofflieferanten mit dazu, sind es gar ein bis zwei Jahre.

«Wir haben eine überdurchschnittliche Menge unseres Nasensprays hergestellt, er sollte bis zum Schluss lieferbar bleiben», sagt Salát. Aber genauso wenig

wie das Winterwetter lässt sich die Heftigkeit einer Erkältungssaison vorhersagen. Für die Mepha und andere Pharmafirmen ist das eine Herausforderung. Denn lange lagern lassen sich die Produkte nicht, ein Überschuss bedeutet mithin einen Abschreiber.

Die Lieferschwierigkeiten treten deswegen vor allem bei günstigen Basismedikamenten auf, bei denen die Hersteller knapp kalkulieren. Wie eine Auswertung der Website Drugshortage.ch zeigt, sind derzeit in der Mehrzahl Therapien mit einem Fabrikabgabepreis von bis zu 14.99 Franken betroffen.

Anders als bei patentgeschützten Medikamenten spielt bei Generika mit abgelaufenem Patentrecht der Markt: Es gibt verschiedene Hersteller, die sich über den

Preis Konkurrenz machen. Das lässt sich ausnutzen: Grossisten wie auch Schweizer Spitäler versuchen, durch Ausschreibungen unter den verschiedenen Anbietern tiefere Preise auszuhandeln.

Spitäler drücken die Preise

«Wir brauchen grosse Mengen, und da ist es verständlich, dass wir Rabatte auf Listenpreise auszuhandeln versuchen», sagt der Chefapotheker des Spitalverbands des Berner Oberlandes, Enea Martinelli. Vor dem Preis gelten jedoch noch andere Kriterien wie die Verpackung und die Beschriftung sowie die Lieferbereitschaft, die wesentlich für die Anwendung im Spitalalltag sind.

«Natürlich verhandeln wir hart, aber die Pharmafirmen sind frei, darauf einzugehen oder sich

eine Grenze zu setzen.» Bei der Abgabe von Medikamenten an Patienten für zu Hause fliessen die Rabatteinsparungen nicht ans Spital, sondern an die Krankenkassen sowie an Projekte. Der Mechanismus dahinter ist gesetzlich geregelt und mit den Krankenkassen vertraglich festgelegt. Eine Nichteinhaltung der Regeln hat strafrechtliche Konsequenzen.

Die Preisspirale wird sich jedoch nicht unbegrenzt weiter nach unten drehen: Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) führt momentan noch regelmässige Preissenkungen auch bei Generika durch, die nächste tritt im Dezember in Kraft. Bei «günstigen oder für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Arzneimitteln» will das BAG aber künftig

darauf verzichten. «Gesenkte, sehr niedrige Preise sollen nicht dazu führen, dass Arzneimittel vom Markt genommen werden und durch teurere ersetzt werden», sagt eine Sprecherin. Eine entsprechende Gesetzesänderung verhandelt gerade das Parlament.

«Der bestehende Preisdruck bei unseren ohnehin schon niedrigen Gewinnmargen führt letztlich dazu, dass immer weniger Anbieter ein Generikum überhaupt herstellen», sagt Salát von Mepha Schweiz. Wenn bei ihnen dann Probleme in der Produktion auftreten, kann das zu Medikamentenmangel führen.

Im Moment ist das bei der Chemotherapie Vincristin so. Diese wird nur noch von drei Anbietern geliefert, wobei mit 90 Prozent der Löwenanteil von Mepha

kommt. Die Produktion in den Niederlanden bei Mepha war zwar einwandfrei, aber ein Zulieferer konnte wichtige Verpackungselemente nicht rechtzeitig liefern. In der Schweiz muss derzeit das Generikum Vincristin für Krebskranke deswegen kontingentiert werden.

«Als wir den Lieferengpass gemeldet haben, hatten wir so gleich ein Verteilschema für unsere restlichen Lagerbestände an Vincristin bereit, um die Fortsetzung von laufenden Therapien bei Patienten zu ermöglichen», erklärt Salát. Denn naturgemäss setzen bei Knappheit sogleich Hamsterkäufe ein: Grossisten und Spitäler bestellen dann möglichst hohe Mengen.

Isabel Strassheim